

# Sieg für Katalonien

Loslösung von Spanien: Mehrheit stimmt bei Parlamentswahl für Unabhängigkeitsparteien.  
Schlappe für regierende CiU. **Von Carles Solà und Mela Theurer, Barcelona**

Bei den vorgezogenen Neuwahlen zum katalanischen Parlament ist die konservativ-nationalistische Regierungspartei CiU (Konvergenz und Union) am Sonntag zwar erneut stärkste Kraft geworden, mußte mit dem Verlust von zwölf Sitzen jedoch eine deutliche Schlappe hinnehmen. Sie stellt künftig 50 der 135 Abgeordneten und hat ihr proklamiertes Wahlziel einer absoluten Mehrheit nicht nur verfehlt, sondern blieb mit dem Stimmenverlust auch weit hinter den Erwartungen zurück.

Bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent, der höchsten seit den Autonomiewahlen von 1980, hat die katalanische Bevölkerung für einen politischen und sozialen Wechsel gestimmt. Erstmals als zweitstärkste Kraft gingen die offen für die Unabhängigkeit eintretenden Katalanisten der ERC (Republikanische Linke) mit 21 Abgeordneten aus den Wahlen hervor, zehn Mandate mehr als bisher. Die sozialdemokratische PSC (Partei der Sozialisten), die bisher diesen Platz innehatte, erzielte mit 20 Sitzen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte und verlor acht Mandate. Das linksökologische Bündnis ICV-EUiA (Initiative für Katalonien, Grüne – Vereinigte und Alternative Linke), an dem auch die katalanischen kommunistischen Parteien beteiligt sind, gewann drei Sitze hinzu und stellt in Zukunft 13 Abgeordnete.

Zum ersten Mal hat sich die basisdemokratische und antikapitalistische Unabhängigkeitspartei CUP (Kandidatur der Volkseinheit) bei Parlamentswahlen präsentiert und auf Anhieb mit drei Sitzen den Einzug ins Parlament geschafft. Die Partei Katalanische Solidarität SI ist hingegen künftig nicht mehr vertreten.

Die rechten Parteien konnten ihre Stellung ebenfalls ausbauen. Viertstärkste Partei wurde die in Madrid regierende Volkspartei (PP), die mit 19 Abgeordneten ein Mandat hinzugewann. Die pro-spanischen Ciutadans



Jubel bei den Anhängern der für die Unabhängigkeit eintretenden Republikanischen Linken Kataloniens (ERC)

(Bürger) konnten ihre Präsenz verdreifachen und sind in Zukunft mit neun Parlamentariern vertreten. Die rassistische Plattform für Katalonien (PxC) hingegen hat den Einzug einmal mehr nicht geschafft und mußte leichte Einbußen hinnehmen. Die Partei von Josep Anglada, die faschistische Gedankengut verbreitet, kam auf knapp 60 000 Stimmen.

Die CiU des katalanischen Präsidenten Artur Mas ist nun auf die Bildung einer Koalition angewiesen. In einer ersten Analyse räumte er die Niederlage ein und rief die ERC auf,

gemeinsam das Referendum für die Unabhängigkeit vorzubereiten. Deren Spitzenkandidat Oriol Junqueras hat die Verantwortung seiner Partei, diesen historischen Prozeß voranzubringen, unterstrichen, zugleich jedoch an Mas die klare Ansage gerichtet, daß die Republikaner als linke Partei dessen bisherige Politik des Sozialabbaus nicht unterstützen werde. Die drastischen Kürzungen, die die CiU in den vergangenen Jahren betrieben hatte, gilt als zentrale Ursache für deren Stimmverluste. Die Bevölkerung hat sich gegen den neoliberalen Spar-

kurs und für soziale Neuerungen ausgesprochen. Gleichzeitig hat sie den Unabhängigkeitsparteien ihre Mehrheit gegeben. Insgesamt stellen diese 87 der 135 Volksvertreter im Parlament und haben angekündigt, nun das Plebiszit über die Loslösung Kataloniens vom spanischen Staat vorbereiten zu wollen. Auch das Erstarken der pro-spanischen Parteien PP und Ciutadans wird diesen Prozeß wohl nicht aufhalten können, so daß die nun beginnende elfte Legislaturperiode die letzte einer katalanischen Autonomieregierung innerhalb Spaniens sein könnte.

## ERGEBNIS Katalonien hat gewählt

Das Parlament von Katalonien wird im Verhältniswahlrecht auf der Ebene von vier Wahlkreisen bestimmt. 85 Abgeordnete werden in Barcelona gewählt, 17 in Girona, 15 in Lleida und 18 in Tarragona. Um berücksichtigt zu werden, muß eine Partei im jeweiligen Wahlkreis mindestens drei Prozent der Stimmen erreicht haben.

**CiU**  
Convergència i Unió, bürgerlich-nationalistisch  
30,68% (-7,75), 50 Sitze (-12)

**ERC**  
Esquerra Republicana de Catalunya, links-nationalistisch  
13,68% (+6,68), 21 Sitze (+11)

**PSC**  
Partit dels Socialistes de Catalunya, sozialdemokratisch  
14,43% (-3,95), 20 Sitze (-8)

**PP**  
Partit Popular, rechtskonservativ  
12,99% (+0,62), 19 Sitze (+1)

**ICV-EUiA**  
Iniciativa per Catalunya Verds – Esquerra Unida i Alternativa, linkssozialistisch  
9,89% (+2,52), 13 Sitze (+3)

**C's**  
Ciutadans, liberal-antinationalistisch  
7,58% (+4,19), 9 Sitze (+6)

**CUP**  
Candidatura d'Unitat Popular – Alternativa d'Esquerres, linksradikal  
3,48% (+3,48), 3 Sitze (+3)

**PxC**  
Plataforma per Catalunya, pro-faschistisch  
1,65% (-0,75%), kein Sitz

**SI**  
Solidaritat Catalana per la Independència, nationalistisch  
1,28% (-2,01), kein Sitz (-4)

Quelle: Generalitat de Catalunya

## Nicht nur eine Geldfrage

Selbstbestimmung allein ist vielen Katalanen nicht mehr genug. **Von Annika Müller, Lleida**

Der katalanische Regierungschef Artur Mas (CiU) wollte sich am Wahlabend nicht als Verlierer sehen. »Zwar haben wir die angestrebte besondere Mehrheit verfehlt«, sagt der bisherige und wohl auch künftige Regierungschef Kataloniens. »Doch wir wissen nun, wo die Mehrheiten stehen.«

Nachdem Madrid im Sommer Verhandlungen über einen von Mas geforderten Fiskalpakt zur Neuordnung der Steuerverteilung in Spanien abgelehnt hatte, hatte dieser angekündigt, ein Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens durchzuführen. Diese Perspektive hat vor allem in Madrid für Entsetzen gesorgt, ist Katalonien doch trotz seiner hohen Staatsverschuldung von 44 Milliarden Euro (20 Prozent des BIP) noch immer die wirtschaftlich stärkste Region Spaniens. Auslöser für den Vorstoß von Mas war jedoch die Stimmung in der Bevölkerung. Am 11. September, dem »Diada« genannten Nationalfeiertag der Katalanen, waren

in Barcelona mehr als 1,5 Millionen Menschen unter dem Motto »Catalunya, nou estat d'Europa« (Katalonien, neuer Staat Europas) und mit Rufen nach Unabhängigkeit auf die Straße gegangen – ein Fünftel der rund 7,6 Millionen Einwohner Kataloniens.

Bei der Diada, die ausgerechnet an die Niederlage des Königreichs Katalonien-Aragon erinnert, wird Jahr für Jahr die katalanische Identität demonstriert. In diesem Jahr gesellten sich erstmals auch konservative Politiker zu den Demonstranten. Aufsehen erregte vor allem die Präsenz von Jordi Pujol, der die Region mehr als drei Jahrzehnte lang als Präsident der Generalitat regiert und sich in dieser Zeit immer um eine Balance zwischen den Interessen Kataloniens und jenen der Madrider Zentralregierung bemüht hatte. Der inzwischen 82jährige CiU-Politiker und politische Ziehvater von Artur Mas sagte im Vorfeld der Wahlen, er sei sechzig Jahre lang gegen die Unabhängigkeit gewesen. Nun aber

werde Katalonien durch die wirtschaftlichen Auflagen Spaniens »erstickt«. In dieser Lage befürworte auch er eine »Trennung«.

Grund dafür, daß die Jahrzehnte alte Forderung nach mehr Autonomie nun in die Forderung nach einer absoluten Loslösung von Spanien umgeschlagen ist, ist eine Reihe von Ereignissen, die die Katalanen immer weiter von Spanien haben abrücken lassen. Geschätzte acht bis 8,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts führt Katalonien bislang im Zuge des Finanzausgleichs an andere Regionen Spaniens ab. Hätte Katalonien, so das Argument von ERC, CiU und anderen, dieselbe Finanz- und Steuerhoheit wie das Baskenland und Navarra, könne es die Staatsverschuldung abbauen. Statt dessen, so Mas, ließe Spanien Katalonien ausbluten.

Tatsächlich geht es bei der Diskussion um die Unabhängigkeit jedoch nicht nur ums Geld. Vielmehr ist das finanzielle Argument sogar recht neu in der Debatte um einen eigenständigen

Staat, »l'estat propi«, aufgekommen, bisher standen vor allem Identitätsfragen, kulturelle und historische Argumente im Vordergrund. Eines der Schlüsselereignisse der vergangenen Jahre war dabei die teilweise Aufhebung des katalanischen Autonomiestatus durch den obersten spanischen Gerichtshof im Jahr 2010. Das Gericht folgte dabei einer Klage der PP gegen die vom katalanischen sowie vom spanischen Parlament bereits 2006 angenommene Landesverfassung. In der Folge wurde unter anderem der Satz »Katalonien ist eine Nation« aus der Präambel für ungültig und der Vorrang der katalanischen Sprache an Schulen für verfassungswidrig erklärt.

Für die Katalanen, deren Sprache und Kultur während der Franco-Zeit fast durchgehend verboten war, war dies ein einschneidendes Erlebnis. Es fügte sich in eine lange Kette immer aggressiver ausgefochtener Meinungsverschiedenheiten zwischen Madrid und Barcelona. So ließ die PP des spa-

nischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy sogar die Möglichkeit einer »militärischen Antwort« prüfen »für den Fall, daß Katalonien einseitig auf der Straße oder in den politischen Gremien die Unabhängigkeit erklärt«, heißt es in einem Bericht der PP-nahen »Gruppe für strategische Studien«. Das Militär dürfe seiner »verfassungsgemäßen Aufgabe, die Einheit Spaniens zu wahren«, sogar von sich aus nachkommen, falls der spanische Staat einen Zerfall toleriere so die Studie weiter.

Neben einflußreichen Militärs drohte auch der zur PP gehörende Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Aleix Vidal-Quadras, mit einer Übernahme der Macht durch die spanische Armee und die paramilitärische Guardia Civil, falls Katalonien auf eine Unabhängigkeit zustrebe. Die Ausnahme-genehmigung, in nur 300 Metern Höhe über katalanischen Ortschaften zu fliegen, die das spanische Militär just vor der Wahl erhielt, interpretierten viele Katalanen ebenfalls als Provokation.